



Häufig gestellte Fragen zur Abschöpfung von Überschusserlösen

- Teil 3 des StromPBG –

Stand: 22.02.2023

Hinweis: Weitere Fragen werden im Zeitablauf ergänzt.

Es gilt jeweils die aktuelle Fassung.

Anlagenbezogene Vermarktung nach § 18 StromPBG

Wie ist § 16 i.V.m. § 18 StromPBG in Bezug auf die Sicherheitszuschläge auszulegen? Werden Sicherheitszuschläge, die nicht in § 18 StromPBG ausdrücklich ausgenommen sind, gewährt?

§ 18 Abs. 1 StromPBG ist zu entnehmen, dass die im Gesetz genannten Regelungen bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Maßgabe des § 16 StromPBG entsprechend anzuwenden sind. Dies bedeutet, dass in den nicht ausdrücklich ausgenommenen Fällen die entsprechenden Sicherheitszuschläge anzuwenden sind.

Besteht „Wechselmöglichkeit“ nach Meldung eines anlagenbezogenen Vermarktungsvertrages nach § 18 StromPBG?

Der nach § 18 StromPBG gemeldete anlagenbezogene Vermarktungsvertrag ist für die Laufzeit des Vertrages verbindlich. Nach Ende der Laufzeit des genannten Vertrages gelten ausschließlich die Regelungen im § 16 StromPBG.

Wann muss die Entscheidung für die Abrechnungsform getroffen werden (§ 16 StromPBG im Vergleich zu § 18 StromPBG)?

Maßgeblich ist der Zeitpunkt der Meldung an den Netzbetreiber, ab diesem Zeitpunkt kann der anlagenbezogene Vermarktungsvertrag nach § 18 StromPBG bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen berücksichtigt werden. Bis zu dem genannten Zeitpunkt gilt eine Abrechnung ausschließlich nach § 16 StromPBG.

Können auch mehrere für eine Anlage abgeschlossene anlagenbezogene Vermarktungsverträge bei der Berechnung der Überschusserlöse berücksichtigt werden?

Sofern für die Erzeugungsmengen einer Anlage tatsächlich mehrere Vermarktungsverträge abgeschlossen wurden, ist dies möglich. Die Verträge dürfen sich jedoch nicht „überschneiden“, es darf mengenmäßig nicht mehr als 100 % gemeldet werden. Die Berücksichtigung von mehreren Verträgen für eine Anlage darf nicht zu einer Erhöhung der nach § 18 StromPBG zu berücksichtigenden Mengen führen.

Ist die Anwendung von § 17 StromPBG in Kombination mit § 18 StromPBG möglich? Können § 17 StromPBG und § 18 StromPBG gleichzeitig angewandt werden, wenn ein Teil des erzeugten Stroms über Absicherungsgeschäfte vermarktet und der andere Teil des Stroms anlagenbezogen vermarktet wird?

Wenn die relevanten Mengen bereits im Rahmen eines Absicherungsgeschäftes nach § 17 StromPBG berücksichtigt wurden, ist eine zusätzliche Berücksichtigung als anlagenbezogener Vermarktungsvertrag nach § 18 StromPBG nicht möglich. Im Hinblick auf die teilweise Berücksichtigung ist darauf hinzuweisen, dass im § 18 Abs. 1 StromPBG die Vermarktung des Stroms Gegenstand ist und der § 18 Abs. 1 StromPBG als „Soweit“-Regelung ausgestaltet ist. Daraus folgt, dass eine anteilige Anwendung ohne Überschneidung der Mengen möglich ist.

Wird der anlagenbezogene Vermarktungsvertrag anerkannt, wenn die überlassene Strommenge per Termingeschäft weitervermarktet wird?

Für die Ermittlung des Überschusserlöses spielt die Weiternutzung des Stroms durch fremde Dritte (nicht Unternehmen i.S.d. § 15 StromPBG) keine Rolle. Für die Ermittlung der Überschusserlöse ist somit unerheblich, ob dieser den Strom weitervermarktet. § 18 Abs. 3 StromPBG ist zu entnehmen, dass die Absätze 1 und 2 des § 18 StromPBG nicht für anlagenbezogene Vermarktungsverträge, die unter Gesamtschuldnern nach § 15 Absatz 2 geschlossen sind, anzuwenden sind.

Können anlagenbezogene Vermarktungsverträge auch als Absicherungsgeschäfte nach § 17 StromPBG anerkannt werden?

Sobald anlagenbezogene Vermarktungsverträge gemeldet worden sind, gelten diese anlagenbezogene Vermarktungsverträge nach Nummer 4.4. der Anlage 4 des StromPBG nicht als Absicherungsgeschäfte. Dementsprechend können diese bei der Meldung nach § 17 Nummer 1 StromPBG nicht berücksichtigt werden.

**Wie ist die Meldung nach § 18 Abs. 2 StromPBG für Neuanlagen zu verstehen?
Können mehrere Neuverträge gemeldet werden?**

Die Meldung von Verträgen für nach dem 01. November 2022 in Betrieb genommene Anlagen ist einmalig möglich. Voraussetzung ist in diesen Fällen wiederum, dass der Betreiber im Rahmen der Mitteilung nach § 29 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe c StromPBG die korrespondierenden Angaben zum anlagenbezogenen Vermarktungsvertrag macht. Sofern durch mehrere Verträge die Vermarktung für die genannte Anlage erfolgt, können diese einmalig gemeldet werden. Nach Vertragsablauf dieser einmalig gemeldeten Verträge können jedoch keine weiteren Verträge (Folgeverträge) mehr gemeldet werden.

Wie ist § 18 Abs. 3 StromPBG anzuwenden, wonach anlagenbezogene Vermarktungsverträge mit verbundenen Unternehmen nur anerkannt werden können, soweit der überlassene Strom an einen Dritten veräußert wurde?

Soweit ein Gesamtschuldner i.S.d. § 15 StromPBG den an ihn überlassenen Strom an einen Dritten mit einem anlagenbezogenen Vermarktungsvertrag weitervermarktet hat, ist § 18 Absatz 1 StromPBG entsprechend anzuwenden, wenn der Betreiber der Stromerzeugungsanlage den anlagenbezogenen Vermarktungsvertrag nach § 29 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe c

Doppelbuchstabe hh gemeldet hat. Maßgeblich ist in diesen Fällen unabhängig von der Vertragskonstellation mit dem verbundenen Unternehmen der anlagenbezogene Vermarktungsvertrag mit dem fremden Dritten. Dies bedeutet bspw., dass ein anlagenbezogener Vermarktungsvertrag mit einem verbundenen Unternehmen in der Form „pay-as-produced“ unberücksichtigt bleibt und nur der Vertrag als „pay-as-forecasted“ mit einem fremden Dritten Eingang in die Ermittlung der Überschusserlöse findet. Keine Rolle für die Ermittlung des Überschusserlöses spielt die Weiternutzung des Stroms durch den ersten fremden Dritten. Für die Ermittlung der Überschusserlöse ist unerheblich, ob der fremde Dritte den Strom weitervermarktet.

Schließt das Wahlrecht nach § 18 StromPBG das Wahlrecht nach § 16 Abs. 3 Nr. 2 StromPBG (Deckelung auf Spotmarktpreis - 0,4ct) aus?

Der Betreiber der Stromerzeugungsanlage kann im Rahmen der Meldung nach § 29 Absatz 1 Nummer 4 den Überschusserlös nach Absatz 1, der für die jeweilige Stunde berechnet wird, für diese Stunde bei der Abrechnung auf den Spotmarktpreis abzüglich 0,4 Cent pro Kilowattstunde begrenzen. Das Wahlrecht nach § 18 StromPBG schließt dies nicht aus.

Wie werden anlagenbezogene Vermarktungsverträge in Bezug auf den Stichtag zum 01. November 2022 ab dem 01. Januar 2024 behandelt, falls der Geltungszeitraum des StromPBG verlängert wird?

Der im Gesetz kodifizierte Stichtag 01. November 2022 bleibt auch bei einer Verlängerung des Geltungszeitraums des StromPBG bestehen.